

BSG

Ruppichteroth
Gemeinderatsfraktion

Bündnis Soziale Gerechtigkeit

Etzenbacher Weg 3, 53809 Ruppichteroth

Tel.: 0049 02295 6853
Mobil: 0049 172 1476666
Fax: 0049 2295 916363
E-Mail: bsg@e-mail.de

Ruppichteroth, 19. September 2023

Haushalt 2023 Haushaltsrede

Herr Bürgermeister,
Damen und Herren der Gemeindeverwaltung,
Mitglieder des Gemeinderates,

wir sind heute hier zusammengekommen, um den Haushalt des Jahres 2023 zu verabschieden. Wir beraten und verabschieden hier einen Haushalt, der deutlich die prekäre Finanzlage unserer Kommune aufzeigt.

Die ersten Vorschläge, für diesen Haushalt, sahen eine Anhebung der Grundsteuer B auf 1555 Punkte vor. Nur mit dieser Erhöhung wäre ein Haushaltsausgleich möglich gewesen.

Allen Verantwortlichen war jedoch klar, dass eine Verdreifachung der Grundsteuer B nicht in Frage kommt, wenn der soziale Friede in unserer Gemeinde bestehen bleiben soll. Die Reaktion der Bürgerinnen und Bürger auf diesen Haushaltsvorschlag machte dies sehr deutlich. Damit war klar, dass wir einen nicht genehmigungsfähigen Haushalt verabschieden werden.

A) Nun stellt sich die Frage, warum ist Ruppichteroth in diese Situation geraten?
Wir sehen hier mehrere Verantwortliche.

1. Bund, das Land NRW, der Rhein-Sieg-Kreis und der Landschaftsverband Rheinland.

- den Kommunen werden immer mehr Aufgaben zugewiesen
- der dazu benötigte finanzielle Ausgleich findet nicht statt
- der Rhein Sieg Kreis finanziert sich durch Umlagen, die Kreisumlage macht dabei 300 % des Hebesatzes der Gemeinde Ruppichteroth aus, dazu kommt noch die jährlich steigende Jugendamtsumlage

- der Landschaftsverband Rheinland finanziert sich durch eine Umlage aus dem Kreishaushalt. Ca. 1/3 der Mittel aus dem Kreishaushalt gehen an den Landschaftsverband Rheinland.

Weil weder LVR noch Kreis auf die vorgelagerten Kommunen Rücksicht nehmen müssen kommen da teilweise absurde Ergebnisse heraus. So zahlt der LVR seinen MitarbeiterInnen sogenannte Personalgewinnungsprämien. Damit wird belohnt wer MitarbeiterInnen bei Kommunen abwirbt (manche Programme belohnen auch direkt die abgeworbenen MitarbeiterInnen). Am Ende bezahlt also die Gemeinde Ruppichteroth mit ihrer Umlage dafür, dass der LVR versucht ihre MitarbeiterInnen abzuwerben.

Um die Dimension dieser Umlagen deutlich zu machen:

Die gesamten Ausgaben der Gemeinde belaufen sich laut

Haushaltsentwurf in 2023 auf 26.327.651 €.

Davon gehen an Kreis und LVR:

Allgemeine Kreisumlage einschl. darin enthaltenem Anteil der LVR-Umlage:

4.691.169 €

Jugendamtsumlage: 5.311.358 €

ÖPNV-Umlage: 518.473 €

Das macht zusammengerechnet: 10.521.000 € also ca. 40% der Ausgaben aus

2. Der Rat ist ebenso verantwortlich, insbesondere die langjährige Mehrheitsfraktion (CDU), aber auch alle anderen Ratsmitglieder der vergangenen Jahre

Mit dem Geld, welches der Gemeinde nach Abzug aller gesetzlichen Verpflichtungen übrig bliebe, dürfte der Rat wirtschaften – wenn der Haushalt genehmigungsfähig wäre. Nach dem Haushaltsplan wären das für 2023 nur **4070,- €**. Der Rat könnte also über **0.015 %** der im Haushalt eingestellten Mittel frei verfügen.

Darüber hinaus ist es aber oft Auslegungssache, was rechtlich geboten und verpflichtend ist, und was nicht.

Ein Beispiel: Die Gemeinde muss im Rahmen der sogenannten Verkehrssicherungspflicht dafür sorgen, dass Verkehrswege ausreichend sicher sind. Ob dafür aber eine Laterne an einer bestimmten Stelle notwendig ist, kann verschieden ausgelegt werden.

Der Rat hätte seit mindestens 10 Jahren, nämlich seit Bestehen des Haushaltssicherungskonzeptes, nichts mehr ausgeben dürfen, was nicht nach strengster Auslegung verpflichtend gewesen wäre.

Doch auch Ratsmitglieder erliegen Verlockungen. Als deutlich wurde, dass sich die Renovierung der Bröltalhalle mit Mitteln der EU bezuschussen ließ, schienen viele Ratsmitglieder die Dollarzeichen in den Augen zu haben. Dabei hat der damalige Kämmerer Heribert Schwammborn ausdrücklich vor den Risiken gewarnt. Frank Kemper und Dirk Wichmann haben der Sanierung unter anderem deshalb nicht zugestimmt.

Zwar ist es richtig, dass die Abschreibung für die Bröltalhalle pro Jahr nur mit 60.000,- € zu Buche schlägt. Aber dafür geht dies 60 Jahre so. Das heißt auch, dass wir unzählige weitere Abschreibungen aus den letzten 60 Jahren haben, die unseren Haushalt belasten. Überhaupt nicht berücksichtigt sind bei dieser Betrachtungsweise die Kapitalkosten, sprich Zinsen, die ja auch in erheblichen Maßen anfallen.

In jedem Fall hat sich der Rat, und insbesondere die Mehrheitsfraktion der CDU zuzuschreiben, dass die Gemeinde über Jahrzehnte über ihre Verhältnisse gelebt hat.

2. Verantwortlich sind auch Bürgermeister und Verwaltung

Wenn Bürgermeister und/oder der Verwaltung die Hauptverantwortung für die aktuelle Haushaltssituation gegeben würde, so ist das sachlich falsch. Insbesondere die CDU hat sich in letzter Zeit mit einer solchen Behauptung hervorgetan. Entweder kennt die CDU ihre Aufgabe im Rat nicht, oder die Aussage ist einfach niederträchtig, denn: gemäß der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) ist der Rat das oberste Organ der Gemeinde. Der Bürgermeister hingegen ist das ausführende Organ der Gemeinde. Die Aufgaben und Befugnisse des Rates sind in § 41 der GO NRW festgelegt. Zu den wichtigsten Aufgaben des Rates gehören: Die Festlegung von Zielen und Grundsätzen für die Gemeinde, Die Beschlussfassung über den Haushalt und die Steuern der Gemeinde Die Festsetzung von Satzungen und Verordnungen

Der Bürgermeister hingegen ist für die Ausführung der Beschlüsse des Rates und für die Leitung der Verwaltung zuständig. Seine Aufgaben sind in § 69 der GO NRW geregelt. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Rat das oberste Entscheidungsgremium in der Gemeinde ist und der Bürgermeister für die Umsetzung der Beschlüsse verantwortlich ist.

Das bedeutet, dass weder Bürgermeister noch Verwaltung eigenständig größere Ausgaben veranlassen können. Dafür ist allein der Rat verantwortlich. Der Fraktion BSG wäre auch nicht bekannt, dass gegen diesen Grundsatz in der Gemeinde Ruppichterorth verstoßen worden wäre.

Auf der anderen Seite kann man durchaus kritisieren, dass der Bürgermeister z. B. noch im letzten Jahr eine Stelle für einen persönlichen Referenten angeregt hatte. Doch schließlich hat es nie einen Ratsbeschluss dazu gegeben, es blieb bei der Anregung.

Wie man sieht, gibt es Verantwortliche für diese Misere!

B) Nun zur aktuellen Situation

Die bereits verabschiedeten Realsteuersätze

Grundsteuer A	300 v.H
Grundsteuer B	745 v.H
Gewerbesteuer	500 v.H.

wurden durch unsere Fraktion nicht mitgetragen, obwohl wir eine Verteilung, der Erhöhung, auf alle Schultern in der Gemeinde erreichen wollten. Durch eine Erhöhung der Grundsteuer A und der Gewerbesteuer, hätte die Erhöhung der Grundsteuer B etwas moderater ausfallen können. Dies wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt.

Durch die nun vorgesehenen Realsteuerhebesätze wird die Gemeinde neue Schulden aufnehmen müssen. Knapp 3 Millionen Euro muss der Kämmerer nun durch neue Kredite finanzieren. Das Problem wird damit in die Zukunft verschoben und unsere Kinder und Enkel werden unsere Kredite abbezahlen.

Zu den aufgenommenen Krediten, kommen dann noch die dafür zu bezahlenden Zinsen. In der Zeit steigender Zinsen ist damit ein hohes Risiko verbunden.

Da wir uns nun in der vorläufigen Haushaltsführung befinden, dürfen nur noch die Pflichtaufgaben der Gemeinde bezahlt werden. Freiwillige Ausgaben sind nicht mehr möglich.

Dies bedeutet, dass der Ausbau und die Instandhaltung unserer Infrastruktur nicht mehr bezahlt wird, da dies eine freiwillige Ausgabe wäre.

Anders verhält es sich mit, von der Gemeinde gekauften Immobilien, wie Übergangsheime und Flüchtlingsunterkünfte. Die Instandhaltung und Renovierungen müssen von uns bezahlt werden und einen Ausgleich durch Bund und Land gibt es nicht.

Durch die Landeregierung werden wir verpflichtet weitere Flüchtlinge und Asylbewerber aufzunehmen, ohne einen adäquaten finanziellen Ausgleich zu erhalten. Damit dies durch uns gewährleistet werden kann, müssen neue Kredite aufgenommen werden, die uns in der Zukunft weiter belasten.

Die BSG fordert den Bürgermeister und die anderen Fraktionen auf, der Landesregierung, ihren Vertretern im Landtag, bzw. der Bezirksregierung, deutlich zu machen, dass eine weitere Zuweisung von Personen in unsere Einrichtungen finanziell nicht mehr möglich ist und dass dadurch der soziale Frieden in unserer Gemeinde erheblich gefährdet wird, da viele Bürgerinnen und Bürger eine Erhöhung der Steuern auch aus diesen Gründen nicht verstehen werden.

Wir werden diesem Haushalt, trotz unseres begründeten Bedenkens zustimmen, da er nur die finanzielle Aufwendung, für die von der Gemeinde zu leistenden Pflichtaufgaben enthält. Eine Änderung zum Besseren sehen wir in den nächsten Jahren nicht, im Gegenteil durch die regelmäßig steigenden Umlagen und Zinsen wird es immer schwieriger werden die zukünftigen Haushalte auszugleichen.

Nur durch eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen und eine Reduzierung der Aufgaben, sowie eine kostendeckende Gebührenordnung für die Dienstleistungen der Gemeinde und eine immer weiter fortschreitende Zusammenarbeit unter den umliegenden Kommunen könnten eine Verbesserung der Finanzsituation herbeiführen.

Sollte dies in Zukunft nicht möglich sein, wird unsere Gemeinde um eine Reduzierung der Ausgaben nicht herumkommen. Dies könnte die Schließung von

Gemeindeeinrichtungen und eine deutliche Reduzierung des Personals zur Folge haben.

Ob diese Aufgabe eine Finanzkommission, wie sie durch den Gemeinderat gebildet wurde, bewältigen kann ist heute nicht absehbar, zumal dort wieder die das Sagen haben, die uns in diese Situation gebracht haben.

Auch eine Transparenz der Arbeit der Kommission kann angezweifelt werden, da die CDU mit den Grünen beschlossen haben, dass die Kommission nur nicht öffentlich tagt. Nur ausgewählte, von der Mehrheitsfraktion beschlossene Inhalte dürfen den Bürgerinnen und Bürgern bekanntgegeben werden. Eine Bürger*innen nahe Informationspolitik ist dies nicht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!